

# Mehr Innovation und Markt statt mehr Bürokratie!

**Am 13. Juni stimmen wir über das revidierte CO<sub>2</sub>-Gesetz ab. Das vorgesehene Gesetz geht zu weit, während es wichtige Massnahmen unterlässt. Dadurch schadet es der Schweiz und nützt dem Weltklima nichts.**

Hört man die Befürworter, so hängt unser Überleben von diesem Gesetz ab. Sie behaupten, nur so könne die Klimakatastrophe abgewendet werden. Ansonsten drohe uns eine schreckliche Zukunft. Das ist Unsinn.

Ja, wir stossen grosse Mengen an Treibhausgasen aus, sodass sich das Klima erwärmt, und ja, der Temperaturanstieg würde kleiner ausfallen, wenn der Verbrauch fossiler Energien weltweit reduziert würde. Aber weder die Schreckensszenarien noch eine Abwendung derselben durch das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz entsprechen den Tatsachen.

Die Schweiz hat einen Anteil von 0,1 %, also einem Tausendstel, an den weltweiten Treibhausgasemissionen. Rechnet man die importierte graue Energie dazu, sind es 0,2 %, also immer noch vernachlässigbar wenig. Das macht eines deutlich: Solange nicht der Grossteil der Länder mitmacht, ist jede Anstrengung nutzlos.

## Energie schafft Lebensqualität

Aber wieso sollten andere Länder mitmachen, wenn sie viel drängendere Probleme haben? Zwei von drei Menschen weltweit leben von weniger als 15 Dollar am Tag. Das sind über 5 Milliarden Menschen. Die meisten haben keinen Zugang zu einer Waschmaschine und anderen Geräten, die das Leben erleichtern. Durch den Zugang zu preiswerter Energie könnten sie zeitraubende Arbeiten den Maschinen überlassen, sodass sie mehr Zeit für andere Arbeiten hätten. Dies würde ihren Lebensstandard deutlich anheben; übrigens um einiges mehr, als der Klimawandel laut Prognosen den Lebensstandard senkt.

Deshalb werden diese Leute die günstigste Energiequelle verwenden. Momentan sind dies fast immer fossile Brennstoffe. Diese machen weltweit über 80 % des Energieverbrauchs aus. Je mehr Menschen aus der Armut kommen, desto mehr werden sie diese Energieträger nachfragen und dementsprechend den weltweiten Treibhausgasausstoss erhöhen. Das ist Menschen ohne Waschmaschine und andere technische Lebenshilfen nicht zu verübeln.

Eine wirksame Politik würde diesen Umstand berücksichtigen. Das tut das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz aber nicht. Es ist von Nationalismus geprägt. Das Gesetz schreibt explizit vor, dass drei Viertel der Reduktion im Inland umgesetzt werden müssen. Für das

Klima spielt es aber keine Rolle, wo Treibhausgas eingespart wird. Natürlich wissen die Befürworter des Gesetzes, dass es alle Länder braucht. Das wissen auch die Politiker, die das Übereinkommen von Paris 2015 ausgehandelt haben. Dieses beinhaltet aber keine griffigen Sanktionsmassnahmen, wenn ein Land seine Ziele verfehlt. Ausserdem können die Länder selber bestimmen, wie viel sie reduzieren wollen. China hat sich damit sogar das Recht auf einen Anstieg seines CO<sub>2</sub>-Ausstosses bis 2030 gesichert. Ansonsten wäre das Abkommen gar nicht zustande gekommen. Das heisst aber auch, dass es im Zweifelsfall nicht befolgt wird.

## Nur technische Innovationen leisten einen relevanten Beitrag

Es gibt bloss eine Möglichkeit, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss weltweit und damit wirksam zu senken: durch wirtschaftlich attraktive Alternativen zu gegenwärtig CO<sub>2</sub>-intensiven Prozessen. Wenn es günstiger wird, Energie aus treibhausgasarmen Quellen zuverlässig zu produzieren, werden alle Länder darauf umstellen. Beispielsweise ist in den USA der CO<sub>2</sub>-Ausstoss seit 2005 im Stromsektor um 20 % gefallen, weil Erdgas (übrigens dank dem bei uns verpönten Fracking-Verfahren) günstiger geworden ist und Kohlekraftwerke ersetzt hat. Wenn der Treibhausgasausstoss also wirklich gesenkt werden soll, dann müssen die Alternativen wirtschaftlicher werden.

Erneuerbare Energien und die Kernenergie sind solche Alternativen. Die teuren Subventionen für erneuerbare Energien zeigen allerdings, dass diese bei uns in den meisten Fällen noch nicht rentabel sind, ganz zu schweigen von der ausbleibenden Versorgung, wenn der Wind nicht bläst und die Sonne nicht scheint. Kernkraftwerke sind ebenfalls nicht rentabel, wenn sie von westlichen Firmen gebaut werden. Dass es auch anders geht, zeigt ein Blick in die Vergangenheit oder heute nach Russland und China. Bei geeigneten Rahmenbedingungen würde ein Potenzial bestehen, was jene Länder erkannt haben, die heute wirtschaftlich rentable, noch sicherere Anlagen entwickeln und bauen. Wenn wir weltweit Erfolg sehen wollen, muss also versucht werden, die Kosten aller Alternativen durch vielversprechende wissenschaftliche Forschung konsequent zu senken. Das neue

# NEIN zum CO<sub>2</sub>-Gesetz!

CO<sub>2</sub>-Gesetz sieht zwar Forschungsbeiträge vor, gibt diesen aber bei weitem nicht genügend Gewicht.

## Marktwirtschaftliche Mechanismen im Vorteil

Der Anreiz für Investitionen in Alternativen muss dabei nicht nur aus staatlichen Mitteln kommen. Eine Lenkungsabgabe auf fossile Brennstoffe kann durchaus wirksam sein, um eine Umstellung zu beschleunigen. Es ist aber unverständlich, warum das geplante Gesetz nicht eine schlanke Bepreisung von CO<sub>2</sub>, sondern stattdessen eine Fülle an Vorschriften, Verboten, Abgaben und Subventionen vorsieht. Diese könnten vermieden werden, wenn man sich auf einen marktwirtschaftlichen Ansatz für einen CO<sub>2</sub>-Preis geeinigt hätte. Dann würden die Einsparungen dort erfolgen, wo sie am wirtschaftlichsten sind, sei es im In- oder Ausland.

Ein Markt für den Ausstoss von Treibhausgasen existiert in Europa bereits, wenn er auch nicht alle Branchen erfasst. Es ist allemal effizienter, wenn dieser Markt die Reduktion regelt, als wenn Politiker entscheiden, welche Heiztechnik man in Zukunft noch einsetzen darf. Das revidierte CO<sub>2</sub>-Gesetz sieht aber weder einen Beitritt in diesen Markt noch eine Ausdehnung auf weitere Sektoren vor. Dies, obwohl Volkswirtschaftler seit langem sagen, dass ein solcher Mechanismus am effizientesten wäre.

Das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz setzt primär auf planwirtschaftliche Instrumente. Das schadet der Schweiz als Wirtschaftsstandort und seiner Bevölkerung, ohne dass dadurch für das Klima viel erreicht würde. Das Gesetz will zudem einen riesigen Klimafonds einrichten, der ungenügend zweckgebunden ist und behördlicher Willkür unterstehen würde. Ausserdem würde es Bürokratie und einen undurchsichtigen Dschungel an Regeln schaffen. Es schiesst über das Ziel hinaus und unterlässt es, das Richtige zu tun. Darum sollte es am 13. Juni abgelehnt werden.

Lukas Robers

Der Autor ist Doktorand am Labor für Kernenergiesysteme der ETH Zürich und Mitglied der Arbeitsgruppe Christen + Energie (ACE).

Diesem «Spectrum» ist ein Faltblatt der ACE beigelegt.





# SPECTRUM

Schweizerische Schüler-  
und Studenteninitiative  
(SSI)

SSI Schweiz  
Postfach 1601, 8021 Zürich

Mai/Juni Nr. 3/2021

Verlag: Information und Kommunikation (Infocom)



*In simplistischer Weise wird die Frage des Rassismus aus ideologischen Gründen auf den Hautfarbenrassismus reduziert.*

## Irrungen und Wirrungen: Zwischen Antirassismus und Gendern

**In der akademischen Welt sind gegenwärtig die Begriffe «Rassismus» und «Gender» in aller Munde. Angesichts deren uferlosen Gebrauchs ist es angebracht, den historischen Tatsachen wieder einmal etwas auf den Grund zu gehen.**

Viele «Experten» und vermeintliche Intellektuelle halten sich beim Thema Rassismus an eine Vulgärdefinition im Sinne eines Hautfarbenrassismus und benutzen diese als politischen Kampfbegriff. So setzen sie Rassismus einfach mit Hautfarbe gleich. Rassismus hat jedoch nichts mit Hautfarbe zu tun, sondern ist – genau wie die Gender-Ideologie – ein soziologisches Konstrukt.

### Wissenschaftliche Definition

Mit grosser Präzision umschrieb der Ethnologe Claude Lévi-Strauss 1988 den Rassismus als Doktrin aus vier Punkten:

- 1) Es existiert eine Korrelation zwischen dem genetischen Erbe einerseits und den intellektuellen Fähigkeiten sowie den moralischen Anlagen des Menschen andererseits.
- 2) Dieses genetische Erbe von intellektuellen Fähigkeiten und moralischen An-

lagen existiert bei allen menschlichen Gruppen.

- 3) Die Gruppen können auch «Rassen» genannt und gemäss ihrem genetischen Erbe hierarchisiert werden.
- 4) Diese Hierarchisierung legitimiert bestimmte «Rassen» um andere zu beherrschen, auszubeuten oder sonst zu missbrauchen.

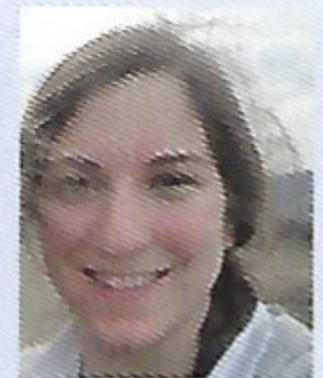
Hierbei handelt es sich um die bisher einzige, konsistente Definition des Rassismus. Rassismus hat nichts mit Hautfarbe zu tun, sondern entspringt einer bei allen Kulturen angelegten, tiefsitzenden Tendenz, die «Anderen» abzuwerten. Bei einer Verschärfung dieser Abwertung folgt daraus der Schluss, diese «Anderen» seien ihrem Wesen nach «von Natur aus» minderwertig.

### Rassismus und Sklaverei

Gemäss dieser soziologischen Definition ist

## Keine weitere Aufblähung des Staates!

Liebe Leserin,  
lieber Leser,



Es geht nicht um die Corona-Hilfen für Kurzarbeitende und Selbstständigerwerbende. Und auch nicht um die Hilfe für Betriebe. Es geht darum, dass der Staat die Situation schamlos ausnützt, um über Gebühr zu wachsen. Über 1'200 Vollzeitstellen wurden in der Bundesverwaltung und den Staatsbetrieben im Pandemiejahr 2020 neu geschaffen! Allein in Bern entstanden fast 700 neue Stellen.

Was alle diese neuen Apparatschiks tun, ist unklar. Das Totalversagen des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) hat gezeigt, dass unser Land *nicht* dank der Verwaltung, *sondern* trotz der Verwaltung funktioniert.

Gleichzeitig hat die Eidgenossenschaft 2020 einen neuen Schuldenberg von 14,2 Mia. Franken aufgehäuft. Das Abstottern dürfen dann wir Junge übernehmen. So darf es nicht weitergehen!

Für den Aktionsausschuss  
SSI/Spectrum:

*R. Kaufmann*  
Regula Kaufmann

Rassismus deshalb untrennbar mit der Sklaverei verbunden. Die Abwertung der «Anderen» durch den Rassismus erzeugt nämlich derart grosse soziale und habituelle Differenzen, dass es unmöglich wird, diese irgendwie zu kompensieren. Automatisch ergibt sich damit die Vorstellung, die Versklavten seien minderwertig, quasi einer anderen Gattung zugehörig. Claude Meillassoux/Orlando Patterson haben 1982 herausgearbeitet, dass dieser Rassismus überall grassierte, wo Sklaverei die Menschen dauerhaft aufspaltete – und zwar  
*Fortsetzung auf S. 2*